

Lager absagen, Elternabend streichen: «Wir werden das Angebot reduzieren»

Enttäuschung Nach der Abstimmung kündigen Lehrpersonen Konsequenzen an. Daniel Kachel vom Zürcher Lehrerverband schlägt die Einführung von Bürozeiten vor – und hat Vorschläge für weitere Abstriche.

Nina Fargahi

Das Nein zum Lehrpersonalgesetz hat Folgen für die Zürcher Schulen. Daniel Kachel arbeitet seit 26 Jahren als Sekundarschullehrer und ist Mitglied der Geschäftsleitung des Zürcher Lehrerverbands. Er sagt: «Wir können nicht fröhlich so weitermachen.» Für ihn ist klar: Die bisherige Bereitschaft der Lehrpersonen, Gratisarbeit zu leisten, ist vorbei.

Herr Kachel, hat Sie das deutliche Nein zum Lehrpersonalgesetz überrascht? Überrascht nicht, aber enttäuscht. Ich hatte die Hoffnung, dass die Leute nicht auf den Populismus reinfallen. Es ging der Gegnerschaft ja nur noch um die langen Ferien und die hohen Löhne. Und dann wurden die Lehrpersonen als Jammeri hingestellt – natürlich verfängt das.

Den Pflegenden applaudierte die Bevölkerung während der Pandemie auf den Balkonen. Aber die Lehrpersonen scheinen kein gutes Image zu haben. In der Coronazeit erfuhren auch die Lehrpersonen viel Respekt, und alle waren dankbar, als die Kinder wieder in die Schule gehen konnten. Übrigens: Für das Pflegepersonal klatschten die Leute nur, als es nichts kostete. Wirklich umgesetzt ist fast nichts von der Pflegeinitiative. Da ist sehr wenig passiert.

Wie erklären Sie die Vorurteile gegenüber den Lehrpersonen? Die Bevölkerung geht mit den eigenen Angestellten immer etwas kritisch um. Man meint, der geneigte Beamte sitze auf seinem Stuhl und drehe den ganzen Tag Däumchen. Die riesige Arbeit, die die Lehrpersonen und auch die anderen Kantonsangestellten leisten, ist leider kaum sichtbar. Und es fehlt an Ressourcen, dieses Image zu ändern.

Sie haben vor der Abstimmung gesagt, bei einem Nein werde die Volksschule ihr Angebot reduzieren. Was wird jetzt konkret als Erstes gestrichen?



Lehrer Daniel Kachel: «Vielleicht müssen wir nicht alle Bestellungen der Eltern erfüllen, wenn sie nicht bereit sind, dafür zu bezahlen.» Foto: Balz Murer

Der Lehrpersonenverband wird mit den Mitgliedern nun analysieren, wo wir Leistungen anpassen können. Nach diesem Entscheid werden wir das Angebot sicher reduzieren. Dabei wollen wir gezielt vorgehen – so, dass die Massnahmen von der Basis mitgetragen werden, im Schulalltag umsetzbar sind und tatsächlich eine Entlastung für die Lehrpersonen bringen.

Was sind denn Ihre persönlichen Ideen? Ich könnte mir einiges vorstellen: Lager streichen oder kürzen – gerade Abschlusslager sind enorm zeitintensiv. Elternabend könnten durch andere Formen der Information ersetzt werden.

Und auch bei Ausflügen stellt sich die Frage, ob wir sie uns unter den heutigen Bedingungen noch leisten können. Das sind alles Angebote, die viel Überzeit verursachen.

Das wäre schade. Ja, ich erinnere mich aus meiner eigenen Schulzeit auch lieber an die Ausflüge und Lager als an die Matheaufgaben. Aber wir können nicht fröhlich so weitermachen. Jetzt müssen wir uns Massnahmen überlegen und Empfehlungen ausarbeiten. Ich würde mich lieber mit anderen Dingen beschäftigen.

Sie haben auch die Einführung von Bürozeiten vorgeschlagen.

Also keine Elterngespräche mehr nach 17 Uhr. Was passiert mit dringenden Fällen ausserhalb dieser Zeiten? Was mache ich, wenn das Passbüro geschlossen ist?

Am nächsten Tag kommen. Das dürfte für berufstätige Eltern schwierig sein. Eben. Und hier geht es um junge Menschen und nicht um Pässe. Aber vielleicht hat die Bevölkerung unnötige Ansprüche entwickelt und wir sind einfach mitgelaufen. Vielleicht müssen wir nicht alle Bestellungen der Eltern erfüllen, wenn sie nicht bereit sind, dafür zu bezahlen. Wir sollten selbstkritisch sagen: Vielleicht waren wir immer

nette Lieferanten – und das ist nun vorbei.

Ist es so zeitintensiv, Ausflüge zu organisieren? Es geht nicht nur um die Organisation, sondern auch um die Durchführung. Beim letzten Klassenlager waren wir zu zweit mit zwanzig Jugendlichen unterwegs, das erfordert eine hohe Präsenz praktisch rund um die Uhr.

Und die lässt sich in den 13 Wochen unterrichtsfreier Zeit nicht abbauen? Nein. In den 40 Unterrichtswochen kommen bei einem Vollzeitspensum 50 oder 60 Arbeitsstunden pro Woche zusammen – nie die vorgesehenen 42 Stunden.

Ortsbilschutz für 4000 Wohnungen gelockert

Bauvorschriften Der Bundesrat hat die Regeln zum Ortsbilschutz gelockert. In der Stadt Zürich können nun Tausende blockierte Wohnungen gebaut werden. Die Anpassung der Verordnung zum Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (Isos) beendet in der Stadt Zürich einen Baustopp für rund 4000 Wohnungen. Dies berichtete das «Regionaljournal Zürich-Schaffhausen» von Radio SRF am Donnerstag. Für die Stadt Zürich ist der bundesrätliche Entscheid von grosser Bedeutung. Martin Schneider, stellvertretender Direktor des Amts für Städtebau, sprach gegenüber dem «Regionaljournal» von einer grossen Erleichterung: «Der Entscheid ist für uns ein ganz wichtiger Durchbruch.»

Strenge Praxis bremste Bauprojekte in Zürich

In der Vergangenheit führte die strenge Anwendung des Isos dazu, dass in Zürich viele Bauvorhaben blockiert waren. Das Inventar galt laut Schneider nicht nur für historische Plätze und Gebäude, sondern für drei Viertel der gesamten Stadtfläche. Betroffen waren auch viele genossenschaftliche und damit preisgünstige Wohnungen, die in der Stadt dringend benötigt werden. Um den stockenden Wohnungsbau und die Verdichtung nach innen zu fördern, passte der Bundesrat die Verordnung nun an. Die neuen Bestimmungen sollen laut Bund die Planungs- und Bewilligungsverfahren vereinfachen und beschleunigen, ohne dabei den Schutz der Ortsbilder unverhältnismässig einzuschränken. Die revidierten Vorgaben treten am 1. November 2026 in Kraft. (hub/SDA)

33 km/h zu schnell: Einbürgerung wird aufgeschoben

Urteil Eine Iranerin, die sich einbürgern lassen will, muss sich gedulden: Das Zürcher Verwaltungsgericht hat entschieden, dass ihre bedingte Geldstrafe Grund genug ist, um ihr Gesuch zu sistieren. Die Frau war zu schnell gefahren. Für das Verwaltungsgericht war es «kein Bagatelldelikt»: Die Iranerin, die seit 2011 in der Schweiz lebt, war mit ihrem Auto 33 km/h zu schnell durch eine Ortschaft gefahren. Dafür wurde sie 2024 wegen grober Verletzung der Verkehrsregeln zu einer bedingten Geldstrafe verurteilt, bei einer Probezeit von zwei Jahren. Das Gemeindeamt entschied daraufhin, dass ihr Einbürgerungsgesuch während dieser zwei Jahre Probezeit nicht bearbeitet werde. Erst danach werde es geprüft. Eine noch nicht weit zurückliegende Straffälligkeit wecke doch zumindest Zweifel daran, dass die einbürgerungswillige Person «fähig und willens sei, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu beachten». Die Iranerin verlangte, dass das Verfahren fortgesetzt werde. Sie zog vor Verwaltungsgericht, hatte damit aber keinen Erfolg, wie aus dem am Donnerstag publizierten Urteil hervorgeht. Es sei gerechtfertigt, die Einbürgerung aufzuschieben, bis die Bewährungsfrist abgelaufen sei, so das Gericht. (nag/SDA)

Bürgerliche schicken Fonds für Seeuferweg bachab

Kantonsrat Mit 109 zu 66 Stimmen versenkt das Parlament einen geplanten Fonds, der nicht genutzte Gelder für Seeuferwege sichern sollte. Die Debatte offenbarte, wie tief der Graben in dieser Sache ist.

Eigentlich ging es ja nur um finanzielle Mittel für die Realisierung von Seeuferwegen. Doch die Debatte im Kantonsrat entwickelte sich zu einer Grundsatzdebatte um den Bau des Seeuferwegs. Der Hintergrund: Eine bereits 2021 eingereichte Motion von Erstunterzeichner Tobias Mani (EVP, Wädenswil) fordert, dass jährlich Mittel für den Bau von Seeuferwegen in einen neuen Fonds eingezahlt werden. Laut Strassengesetz muss der Kanton jährlich mindestens 6 Millionen Franken für Seeuferwege budgetieren, zwei Drittel davon am Zürichsee. Daran ändert auch die

2024 abgelehnte Volksinitiative für einen durchgehenden Weg am Zürichsee nichts. Wird dieser Betrag nicht in Anspruch genommen, verfällt das Geld. Mithilfe des besagten Fonds wollen die Motionäre dies verhindern. **Regierungsrat und Kommission dagegen** Doch die Vorzeichen standen ungünstig. Die entsprechende Motion hatte das Parlament an den Regierungsrat überwiesen. Dieser fand einen Fonds jedoch nicht sinnvoll. Die Kommission für Planung und Bau (KPB) folgte dem Regierungsrat und bean-

tragte mit zehn zu fünf Stimmen, auf die Motion nicht einzutreten. Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (FDP) führte zu Beginn der Debatte aus, dass es sich bei der Realisierung von Seeuferwegen nicht um eine Geldfrage handle. Sie bezeichnete die Projektierung von Uferwegen als «äusserst komplex» und gab zu bedenken, dass das Geld bei einem Fonds anderweitig nicht mehr verfügbar wäre. Deutlicher wurde SVP-Präsident Domenik Ledergerber. «Diese Vorlage ist ein finanzpolitischer Unsinn», monierte der Herrliberger. «Es werden nicht

mehr Seeuferwege gebaut, wenn wir Geld in einen Fonds legen.» **«Menschen möchten ans Wasser, wenn es heiss ist»** Im linken Lager machte sich Jonas Erni (SP, Wädenswil) für das Vorhaben beziehungsweise für einen unter anderem von ihm eingebrachten Minderheitsantrag stark, der die Vorlage an die KPB zurückzuweisen wollte. «Der Zugang zum Wasser ist kein Luxus, sondern ein öffentliches Gut.» In die gleiche Kerbe schlug der für Mani nachgerückte Renato Pfeffer (EVP, Richterswil): «Heute debattieren wir darüber, wie ernst

wir politische Zusagen nehmen.» Die Motion wolle, dass der Zweck finanzieller Mittel erhalten bleibe. Grünen-Fraktionschef Thomas Forrer setzte sich ebenfalls für die Motion ein: «Der Druck auf die Ufer nimmt mit der Klimaerwärmung zu: Die Menschen möchten ans Wasser, wenn es heiss ist.» Doch die Argumente der linken Parlamentsmitglieder verfielen nicht. Mit 109 zu 66 Stimmen sprach sich eine Mehrheit des Kantonsrats für den Antrag des Regierungsrats und der KPB aus, auf die Motion nicht einzutreten. **Philippa Schmidt**